



## Krank zur Arbeit – Regierung muss für besseren Gesundheitsschutz sorgen

Pressemitteilung von Susanne Ferschl, 15. Februar 2018

**„Wenn sich so viele Beschäftigte trotz Krankheit zur Arbeit schleppen, muss die Bundesregierung schleunigst reagieren“, kommentiert Susanne Ferschl, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für Gute Arbeit, eine Umfrage des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der zufolge zwei Drittel der Beschäftigten mindestens einmal im vergangenen Jahr krank zur Arbeit erschienen. Ferschl weiter:**

„Der Druck, auch krank zur Arbeit zu erscheinen, entsteht durch unsichere Beschäftigungsverhältnisse und schlechte Arbeitsbedingungen. Befristung, Leiharbeit, Arbeitsverdichtung - das alles benennen Gewerkschaften seit Jahren als Gründe für den weitverbreiteten ‚Präsentismus‘. Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung hat erst im Dezember 2017 bekanntgegeben, dass die Zahl der Überstunden in Deutschland wächst. Diejenigen Beschäftigten, die in dauerhaft befristeten Beschäftigungsverhältnissen ständige Unsicherheit erleben, weil sie Angst um ihren Arbeitsplatz haben, stehen unter besonders großem Druck.“

Die Große Koalition hat bisher nichts dagegen getan, im Gegenteil: Auch im neuen Koalitionsvertrag sucht man vergebens nach umfassenden Maßnahmen zur Lösung dieser Probleme. Nicht einmal zur Abschaffung sachgrundloser Befristungen konnten sich Union oder SPD durchringen.

DIE LINKE fordert einen umfassenden und nachhaltigen Gesundheitsschutz für Beschäftigte. Das beinhaltet auch die vollständige Abschaffung sachgrundloser Befristungen, die Reduzierung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit sowie eine Anti-Stress-Verordnung für die Beschäftigten.“